

amtunist amvarsovo amviienne amwashin amwellin amyaoundo amzagreb
 coberlin cobombay cohousto cojeddah colosang comarsei comontre
 conewyor cosanfra cowindho mibruxel migeneve minewyor mivienne
 restrasp
 .berneda

EIN

an	WE	KB	BZ	NH			ala
Datum	✓	✓	✓	✓			
22. DEZ. 1992							
Ref.	784.0						

bern 21.12.92 12:24

5983-hhhh

Informations hebdomadaires "rapides" 52/92 du 21 decembre 1992

- 1) Das dritte Ratstreffen der KSZE in Stockholm, am 14./15.12.1992
 - 2) Compte-rendu des rencontres bilaterales de M. le President de la Confederation R. Felber avec ses collegues de la CE lors de la reunion du Conseil de la CSCE a Stockholm les 14 - 15 decembre 1992
 - 3) Jugoslawienkonferenz Genf; Ministertreffen vom 16.12.1992
- DAS DRITTE RATSTREFFEN DER KSZE IN STOCKHOLM

Am 14./15. Dezember 1992 fand in der schwedischen Hauptstadt das dritte ordentliche Treffen der KSZE-Aussenminister statt. An drei Tagen vor dem Treffen hatte der Ausschuss Hoher Beamter (AHB) eine kurze Zusammenfassung der Schlussfolgerungen (Shaping a New Europe - the Role of the CSCE) sowie zahlreiche als Beschluesse betitelte Texte vorbereitet, die vom Rat angenommen wurden. Zwei Punkte (Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien-Herzegowina/Blockierung der Aufnahme der tschechischen Republik durch das Fuerstentum Liechtenstein) konnten vom AHB nicht geloeset werden, sodass der Rat formell selber verhandeln musste.

Grosse Betroffenheit loeste die erste Rede des russischen Aussenministers aus. Er warf der NATO und der WEU vor, sie wuerden sich in Territorien der ehemaligen Sowjetunion einmischen. Auf dem Gebiet der fruerehen UdSSR koennten die KSZE-Bestimmungen nicht voll angewendet werden, weil Russland dort seine Interessen mit allen Mitteln verteidigen muesse. Er rief zur Schaffung einer neuen Foederation oder Konfoederation aller ehemaligen Sowjetrepubliken auf, die notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden muesse. Stark kritisierte Kossyrew die bisherige Jugoslawien-Politik: das Embargo gegen Serbien muesse aufgehoben werden, die derzeitige serbische Regierung koenne mit der vollen Unterstuetzung Russlands rechnen. Obwohl der russische Aussenminister seinen Ueberraschungscoup etwa eine halbe Stunde spaeter widerrief, indem er die von seiner Delegation vorbereitete Rede las, bestuerzte die erste Intervention die Anwesenden, was namentlich in Repliken des amerikanischen und des deutschen Aussenministers sowie der Minister praktisch aller Staaten der ehemaligen Sowjetunion deutlich zum Ausdruck kam. Der genaue Grund der ersten Intervention steht nicht fest. Es duerfte

jedoch kein Zweifel darueber bestehen, dass die starken konservativen Kraefte in Russland eng damit im Zusammenhang stehen. Der Text wurde denn auch eine Stunde spaeter in Moskau veroeffentlicht.

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien und namentlich der Krieg in Bosnien-Herzegowina haben das KSZE-Ratstreffen nachhaltig gepraeagt. Bei den Beschluesen zu den regionalen Fragen nimmt dieser Konflikt



am meisten Raum ein. Der Text fiel zwar schärfer aus als vorangehende, doch wirklich griffige Entscheide sind nicht getroffen worden. Die von Bosnien-Herzegowina, Oesterreich und der Tuerkei vehement geforderte Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien-Herzegowina scheiterte an der fehlenden Zustimmung Russlands, aber auch jener der EG-Staaten. Ein klares Signal wurde an die gemeinschaftlichen Kraefte in Serbien gesandt, waehrend der derzeitigen Fuehrung einschneidendere Massnahmen angedroht wurden. Die Troika der KSZE wurde beauftragt, vor dem 20. Dezember nach Belgrad zu reisen, um den Machthabern die unmissverstaendliche Haltung der KSZE-Staaten klar zu machen. Die Suspendierung "Jugoslawiens" an KSZE-Treffen wurde bis auf weiteres verlaengert. Im Sinne der Konfliktpraevention beschlossen die Minister, die Langzeitmissionen in Kosovo, Sandschak un in der Vojvodina massiv zu erhoehen.

Ausserdem wurde das Mandat fuer die Sanktionsunterstuetzungsmissionen in den Nachbarstaaten Serbien-Montenegros bis zum 31. Juni 1993 verlaengert.

Weitere Beschluesse zu regionalen Konfliktgebieten betreffen das Baltikum (Entsendung einer Praeventivmission nach Estland), die Republik Moldau (Aufruf zu einem bilateralen Abkommen betreffend den Truppenrueckzug), Georgien (Aufruf zur Zusammenarbeit mit dem persoenlichen Vertreter des KSZE-Vorsitzenden zur Ausarbeitung eines Rahmens fuer Verhandlungen), Nagorno-Karabach (Aufruf zur Weiterverfolgung des Friedensprozesses) und zu Tadschikistan (Aufruf zur Waffenruhe und zum Dialog).

Zur Verstaerkung ihrer Rolle der Konfliktpraevention hat die KSZE den ehemaligen niederlaendischen Aussenminister Max van der Stoel zum ersten Hochkommissar der KSZE fuer nationale Minderheiten ernannt, der seine Funktion anfangs 1993 antritt. Die Minister haben ferner die Ergebnisse des Genfer Treffens ueber die friedliche Beilegung von Streitigkeiten angenommen. Die entsprechende Konvention ueber Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE wurde von 29 Teilnehmerstaaten unterzeichnet. Sie tritt in Kraft, sobald zwolf Staaten das Uebereinkommen

ratifiziert haben. Ein grosser Erfolg fuer die Schweiz ist die Wahl Genfs als Sitzort des Gerichtshofes.

Um den neuen Herausforderungen an die KSZE gerecht zu werden, haben die Minister beschlossen, den Posten eines Generalsekretaers der KSZE zu schaffen. Er soll die Oberaufsicht ueber die bestehenden handeln. Ausserdem obliegt ihm, die KSZE-Treffen vorzubereiten und die Durchsetzung der entsprechenden Beschluesse zu gewaehrleisten. Zur Entlastung des AHB beauftragten die Minister die Vertreter der Teilnehmerstaaten in Wien, zwischen den AHB-Treffen regelmassig zusammenzutreten, Diskussionen und Konsultationen zu fuehren und Vorentscheide zu treffen, die keinen Aufschub erlauben. Eine einzige organisatorische Struktur unter der Leitung des Generalsekretaers soll die Effizienz der KSZE-Aktivitaeten steigern. Vorderhand wird aus politischen Ueberlegungen nicht an eine geographische Zusammenlegung der Institutionen in Wien, Prag und Warschau gedacht. Es ist aber offensichtlich, dass zahlreiche Staaten im Sinne einer besseren Effizienz eine Konzentration der KSZE in Wien begruessen wuerden. Eine offizielle Kandidatur fuer die Stelle des Generalsekretaers ist noch nicht erfolgt. Informelle Quellen sprechen von einer moeglichen Kandidatur des deutschen KSZE-Botschafters W. Hoeynck. Der Rat hat den AHB beauftragt, zur Erarbeitung eines Uebereinkommens betreffend die Erteilung eines rechtlichen Status an die KSZE-Institutionen eine Gruppe von Rechtsexperten einzusetzen, um am naechsten Ratstreffen (November/Dezember in Rom) einen entsprechenden Entwurf vorlegen zu koennen.

3

Die Beziehungen zwischen der KSZE und internationalen Organisationen, namentlich der UNO, sollen verstaerkt werden. Der Vorsitzende wird beauftragt, regelmaessige Kontakte und einen Informationsaustausch mit der UNO zu fuehren. Dabei soll die UNO-Vertretung des Vorsitzenden die Federfuehrung uebernehmen. Ausserdem soll in Zukunft ein UNO-Vertreter an den Rats- und AHB-Treffen teilnehmen. Auch mit dem Europarat sollen die Beziehungen vertieft werden, um den Aufbau demokratischer Institutionen in den neuen Teilnehmerstaaten zu koordinieren. Die Ratsvorsitzende, Aussenministerin M. af Ugglas, wird sich mit einem Expertenteam in die neuen Teilnehmerstaaten begeben, um sich ueber deren spezifische Beduerfnisse betreffend KSZE-Angelegenheiten in Kenntnis zu setzen. Schliesslich sicherte der Rat den beiden neuen Staaten der CSFR zu, ab 1. Januar 1993 in die KSZE aufgenommen zu werden. Das Fuerstentum Liechten-

stein hatte sich bis zum Ende des Ratstreffens gegen eine Aufnahme der beiden neuen Republiken gewendet, weil die Regierung der CSFR angeblich bisher alle Ersuchen um Verhandlungen ueber die im Gefolge des Zweiten Weltkrieges enteigneten Gueter des Fuerstenhauses abgelehnt hat. Erst in letzter Minute konnte eine Loesung gefunden werden, indem im Tagesjournal eine Erklaerung der Vorsitzenden festhaelt, dass sich die beiden neuen Staaten zu bilateralen Verhandlungen mit dem Fuerstentum verpflichten.

J. Kellenberger

(Ein zweiter Wochentelex folgt)

)))

affetra

11978 ZEICHEN/CARACTERES

za

5984-hhhhh

(Zweiter Wochentelex)

4

Veuillez trouver ci-apres le compte-rendu des rencontres bilaterales de M. le President de la Confederation R. Felber avec ses collegues de la CE lors de la reunion du Conseil de la CSCE a Stockholm les 14 - 15 decembre 1992:

1. En marge de la Troisieme Reunion du Conseil de la CSCE a Stockholm, les 14 et 15 decembre 1992, M. Rene Felber, Chef du DFAE, a rencontre tous les Ministres des affaires etrangeres des pays membres de la CE, a l'exception de M. D. Andrews (Irlande) ainsi que de M. J. Poos (Luxembourg) et de M. H. Van den Broek (Pays-Bas), tous deux absents de Stockholm.

N. R. Felber a egalement rencOtre M. F. Andriessen, Vice-President de la Commission de la CE.

Des entretiens ont ainsi eu lieu avec les representants de la "troika", c'est-a-dire avec M. D. Hurd (Grande-Bretagne, actuelle presidence), M. J.-M. Durao Barroso (Portugal, ancienne presidence) et M. U. Ellemann-Jensen (Danemark, presidence des le 1.1.93) ainsi qu'avec MM. K. Kinkel (Allemagne), W. Claes (Belgique), J. Solana Madariaga (Espagne), R. Dumas (France), M. Papakonstantinou (Grece) et F. Colombo (Italie).

2. Le message de tous les interlocuteurs de M. Felber a demontre une remarquable unanimite, sans doute mise au point lors du dernier Sommet d'Edimbourg.

Un sentiment de tristesse et de regret, surtout de la part de la Grande-Bretagne et du Portugal, a été exprimé à la suite du résultat négatif du 6 décembre. Aucune incompréhension, encore moins de l'hostilité à l'égard de la Suisse ne se sont manifestées mais au contraire beaucoup de sympathie pour son gouvernement et le "camp du oui", dont l'importance a été mesurée et reconnue. Le

Ministre grec s'est déclaré "extrêmement surpris" par le nombre de Suisses favorables à l'ouverture.

Tous les Ministres ont été frappés par l'importance du fossé entre les communautés linguistiques, le Ministre belge nous invite à la vigilance à ce propos "puisque en Belgique tout a commencé comme cela", et ont été intéressés par les explications de M. Felber attirant leur attention sur d'autres fossés (villes-campagnes, etc.).

Les Ministres de la CE sont convaincus que malgré le coup d'arrêt du 6 décembre, l'avenir de la Suisse est européen. En conséquence, les pays membres de la CE sont déterminés à ne rien déclarer, ni entreprendre qui puisse, pour reprendre les termes de M. Kinkel (Allemagne), "isoler la Suisse de l'Europe". Le Ministre grec a rappelé les "grands cadeaux" faits au Danemark comme autant de preuves d'une souplesse dont pourrait "aussi bénéficier la Suisse".

Pour les Ministres c'est évidemment à la Suisse qu'il revient de déterminer sa politique après le 6 décembre. La plupart d'entre eux se sont permis, toutefois, de faire part de quelques conseils, qui peuvent se résumer comme suit:

a) Eviter toute précipitation dans un sens comme dans l'autre.

Les Ministres comprennent que "la Suisse doit maintenant digérer le choc". Ils ont enregistré et apprécié la volonté du Conseil fédéral de maintenir ouvertes toutes les options, spécialement celle de l'adhésion.

Selon M. Claes (Belgique), une temporisation permettra aussi à la Suisse de "consolider" sa crédibilité à Bruxelles, d'autant plus que le nouveau référendum danois et la ratification britannique devraient influencer positivement l'opinion publique suisse (une accélération du processus maintenant de la part de la Suisse serait "peu crédible et dangereuse", Claes dicit).

b) Nouveau référendum suisse sur le TEEE

Si les Ministres se sont surtout intéressés à la réelle volonté de la Suisse de maintenir sa candidature aux négociations d'adhésion dans un premier temps et de les ouvrir ensuite, c'est parce qu'ils ne croient guère à la possibilité pour elle de tenter une deuxième fois d'adhérer au TEEE. La raison en est simple: ils partagent tous l'avis que l'EEE n'aura pas une espérance de vie très élevée et qu'en conséquence le jour où la Suisse sera disposée à en faire partie, il n'y aura plus d'EEE.

c) Un "TEEE bilatéral"?

Les Ministres ont été catégoriques: en aucun cas la CE n'offrirait à la Suisse un "EEE bilatéral", un "EEE-puzzle" ou un "EEE à la carte". Ils apprécient certes la volonté de la Suisse de reprendre de manière autonome certaines parties d'Eurolex (l'abolition du statut de saisonnier intéresse les Ministres portugais, italien et

6

espagnol), ils n'excluent pas que la Suisse puisse conclure quelques accords bilatéraux avec l'un ou l'autre des pays membres, mais toute idée de reactualisation de l'accord de libre-échange, pour en faire un 'mini-TEEE sans TEEE', doit être abandonnée.

d) Adhesion

Il ressort de ce qui précède que si le gouvernement suisse confirme sa volonté d'adhérer à terme, en ne retirant pas la demande

d'ouverture de négociations de mai 1992, il s'agit de 'trouver ensemble' un mécanisme susceptible de nous y amener et qui tienne compte du 6 décembre. La Commission attendra un signe de la Suisse avant de publier son avis. Le Conseil des Ministres en fera de même, avant d'entreprendre quoi que ce soit, en tout cas au cours des six premiers mois de 1993.

Il y a lieu de souligner que les Ministres rencontrés à Stockholm ne se sont pas bornés à exprimer une simple réaction de sympathie passive, voire indifférente, à l'égard de la Suisse mais qu'ils ont essayé, dès qu'ils ont été convaincus que le 6 décembre n'avait pas sonné le glas de la volonté d'intégration européenne de la Suisse, de réfléchir à des solutions pour l'avenir. Ce qui compte aujourd'hui, c'est de constater que la Suisse occupe toujours une place dans les plans d'intégration de la CE et que cette dernière est disposée à faire preuve de la patience que les résultats du 6 décembre requièrent. Pour reprendre les termes de M. Barroso (Portugal), 'on ne croit pas vraiment que la Suisse va rejoindre très vite la CE, mais suffisamment pour faire preuve de sympathie à son égard, en toute amitié'.

M. Ellemann-Jensen (Danemark), enfin, a annoncé à M. Felber qu'il profiterait de sa visite officielle à Berne le 29 janvier 1993 pour lui faire part de la manière dont le Danemark entend s'y prendre pour 'aider la Suisse'.

7

JUGOSLAWIENKONFERENZ GENF: MINISTERTREFFEN VOM 16.12

1. Anlass und Teilnahme

Am 16.12. fand in Genf ein Treffen der Teilnehmerstaaten der Jugoslawienkonferenz auf Ministerebene statt, um eine Bilanz der Arbeiten seit der Londoner Konferenz vom Ende August 92 zu ziehen und Schwerpunkte fuer den weiteren Verlauf der Konferenz sowie des zukuenftigen Verhalten der internationalen Gemeinschaft gegenueber den Konfliktparteien zu setzen. Die 29 Teilnehmerstaaten (EG, Nachbarstaaten Exjugoslawiens, KSZE-Troika, permanente Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates, verschiedene islamische Laender) waren zum grossten Teil durch ihre Aussenminister vertreten, die schweizerische Delegation, neu vollberechtigt und nicht mehr lediglich Beobachter wie in Lohdnn, wurde durch den Departementschef EDA geleitet (weitere Delegationsmitglieder: Botschafter Nordmann, Cameroni, Woker). Weiter eingeladen waren die EG-Kommission, das UNO-HCR, das IKRK sowie die Organisation der Islamischen Konferenz. Bewusst nicht zugelassen waren die Staaten bzw. Teile des ehemaligen Jugoslawiens.

2. Darlegungen der Organe der Jugoslawienkonferenz

Der erste Teil des Treffens war Darlegungen der Hauptakteure der internationalen Gemeinschaft im Jugoslawienkrieg gewidmet. Die UNO-Hochkommissarin fuer Fluechtlinge sowie der Praesident des IKRK konzentrierten sich naturgemaess auf die Darstellung der humanitaeren Aspekte des grauenhaften Kriegsgeschehens. Da dabei kaum direkte Verantwortlichkeiten angesprochen wurden, war ihren Darlegungen der Kriegswirklichkeit ein Zug ursachenloser Naturgewalt eigen, der sich durch die rein plakative Schilderung der schwierigen militaerischen Lage der UNPROFOR durch ihren Oberkommandierenden, General Nambiar, und den Kommandanten in Bosnien-Herzegowina, General Morillon, noch verstaerkte. Der UNO-Ko-Vorsitzende der Konferenz, Cyrus Vance, und der Chef der Arbeitsgruppe der Konferenz fuer Bosnien-Herzegowina, der finnische Staatssekretaer Martti Ahtisaari, beschraenkten sich ebenfalls auf die Darlegung der bisherigen Arbeiten und Positionen der Konfliktparteien, wobei Ahtisaari insbesondere die Verhandlungen ueber eine kuenftige Verfassung fuer Bosnien-Herzegowina darstellte.

Von ganz anderer Art, weil politischen Kalibers, war der abschliessende Ausblick des EG-Ko-Vorsitzenden der Konferenz, David Owen. Er praesentierete einen ambitionoesen Plah, der schwergewichtig auf eine Verhandlungsloesung zwischen den drei
)))

affetra

5985-hhhhh

(2 Teile)

Hauptparteien in Bosnien-Herzegowina - die bosnische Regierung unter Izetbegovic, die bosnischen Kroaten unter Mate Boban sowie die bosnischen Serben unter Radovan Karadzic - bis Mitte Januar 93 hinausläuft. Dies will er erreichen, indem er einerseits die bosnische Regierung und die bosnischen Kroaten durch Druck auf

Izetbegovic und Tudjman wieder naeher zusammenfuehrt und andererseits der internationale Druck auf Belgrad - Milosevic kontrolliere, so Owen, Karadzic und den Oberkommandierenden aller serbischen Truppen in Bosnien-Herzegowina, General Mladic, ganz direkt - massiv erhoehrt werde. Dies soll durch eine Verstaerkung und bessere Ueberwachung der Sanktionen gegen Serbien/Montenegro und gegebenenfalls durch ein guenstiges Wahlresultat am 20.12. in Serbien/Montenegro erreicht werden. Zusaetzlich sieht er vier weitere Einzelmassnahmen:

- Die Schaffung eines Kriegsverbrechertribunals durch eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates
- Eine weitere, auf Kapitel VII der Charta basierende Resolution des Sicherheitsrates zur moeglichen gewaltsamen Durchsetzung der 'no-fly'-Zone ueber Bosnien-Herzegowina fuer serbische Flugzeuge
- Koordination an zentraler Stelle bei Ueberwachung und Durchfuehrung der Sanktionen
- Eine Sicherheitsrats-Resolution zur Verpflichtung aller Parteien in Kosovo zum Stillhalten, gegebenenfalls mit praeventiven UNO-Truppen auch dort

Owen liess dabei keinen Zweifel offen, dass eine solche Verhandlungsloesung letztlich eine serbische Aufgabe aller eroberten Gebiete zum Ziel haben muesse. Ausdruecklich abgelehnt wird von Owen die partielle Aufhebung des UNO-Waffenembargos gegen Ex-Jugoslawien zugunsten der bosnischen Regierung.

3. Darlegungen der teilnehmenden Laender

Kaum Zweideutigkeiten - mit einer Aushahme - waren in den Interventionen der teilnehmenden Laender im zweiten Teil des Treffens auszumachen. Die serbische Seite wurde allerseits klar an den Pranger gestellt und die Ausfuehrungen von Owen, speziell seine erwaehnten vier Punkte, vorbehaltlos unterstuetzt.

9

Zahlreiche Laender wollen noch weiter gehen. So war es beispielsweise bemerkenswert, dass insbesondere die USA und Deutschland die erwahnte Aufhebung des Waffenembargos durchaus diskutieren wollen. Weiter wurde die Unertraeglichkeit der Konzentrations- und Vergewaltigungslager hervorgehoben, wobei Frankreich zu deren Beobachtung resp. Schliessung auch militaerische Zwangsmassnahmen nicht ausschliesst. In der amerikanischen Intervention nahmen die Ausfuehrungen zu einem zukuenftigen Kriegsverbrechertribunal breiten Raum ein, wobei einzelne Verbrechen und deren Verursacher genannt wurden. Staatssekretaer Eagleburger scheute sich insbesondere nicht, im direkten Zusammenhang mit dem Tribunal die Namen von Milosevic, Karadzic und Mladic zu erwahnen. Ausdruecklich gelobt wurden die USA dafuer in den Interventionen der muslimischen Laender, deren Kommentare zum Leiden ihrer bosnischen Glaubensgenossen an die Adresse Europas sehr bitter ausfielen.

Von den Nachbarlaendern Serbiens (Bulgarien, Rumaenien, Ungarn, Albanien) wurde auf eigene Wirtschaftsschwierigkeiten in der Folge der Sanktionen hingewiesen, zumal wehn diese verschaeft werden sollten. Die ausdrueckliche Folgerung im Sinne einer Hilfsaktion fuer embargogeschaedigte Nachbarh wie damals bei den Iraksanktionen duerfte lediglich eine Frage der Zeit sein.

Die eingangs erwahnte Ausnahme von den einheitlich die Serben verurteilenden Interventionen bildete namentlich die nach dem Vorfall von Stockholm (Kozyrev's rhetorisch-konservative Stinkbombe) mit Spannung erwartete russische Intervention. Ein namen- und gesichtsloser russischer Botschafter las eine nichtssagende Erklaerung ab, die in fataler Weise an laengst

vergangen geglaubte 'langue de bois' erinnerte. Als haette er auf ein Signal gewartet, sah anschliessend auch der chinesische Vertreter keinerlei Notwendigkeit fuer irgend welche zukuenftige Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates. In die selbe Kategorie gehoerte eine peinliche Intervention des griechischen Aussenministers, der sich oberflaechlich im rhetorischen EG-

Gleichschritt gefiel, dabei aber alle Massnahmen gegen Serbien grundsaeztlich in Frage stellte.

Der Departementschef sprach als einziges teilnehmendes Staatsoberhaupt als erster und kdzentrierte sich in seiner kurzen Intervention auf die beiden Punkte humanitaere Hilfe und Kriegsverbrechertribunal. Dies im Sinne der benannten Erklaerung, welche er im Namen des Bundesrates am 9.12. vor der Vereinigten Bundesversammlung abgegeben hat.

4. Mazedonien

Am Rande der Konferenz wurde deutlich, dass der vermeintliche griechische 'Sieg' am EG-Gipfel in Edinburgh wohl stark zu relativieren ist. Wie es sich seit einiger Zeit abzeichnet, duerfte Mazedonien ungefaehr Ende Januar in die UNO aufgenommen und dabei gleichzeitig allgemein anerkannt werden. In den Erklaerungen am Ministertreffen wurde zudem die UNO-Sicherheitsratsresolution zur Entsendung praeventiver UNO-Truppen nach Mazedonien ausdruecklich begruesst und eine zukuenftige Verstaerkung des nun vorgesehenen Bataillons nicht ausgeschlossen.

10

In einem bilateralen Treffen des Departementschefs mit den beiden Ko-Vorsitzenden der Konferenz unmittelbar vor Beginn des Ministertreffens stellte Owen, neben dem ausdruecklichen Dank fuer die schweizerischen Leistungen an die Konferenz, eine baldige konkrete Anfrage an die Schweiz um einen Beitrag an die UNO-Operation in Mazedonien in Aussicht. Der Departementschef hat eine positive Pruefung zugesagt. (Die direkt betroffenen Aussenposten erhalten eine ausfuehrliche Notiz zu Mazedonien.)

5. Fazit

Ausgangspunkt ist die Wiederholung der bekannten Feststellung, dass es sich beim Krieg in Jugoslawien um die wohl schon heute, und auf jeden Fall potentiell, schwerste Krise auf europaeischem Boden - ja Europas als solchem - seit dem zweiten Weltkrieg handelt. Die Schreckensvision eines allgemeinen Balkankrieges mit allen unabsehbaren Folgen ist weiterhin unwahrscheinlich aber nicht mehr so undenkbar wie noch vor ein paar Monaten.

Vor diesem Hintergrund sind in Genf zwei neben- und uebereinander laufende Realitaeten offensichtlich geworden. Einerseits gibt es gute Gruende zur Feststellung - wie das insbesondere von zahlreichen Medien anlaesslich der Pressekonferenz in Genf und in der Folge des Ministertreffens so getan wurde - wonach Verhandlungen allgemein und speziell die Genfer Konferenz und ihr vorgeschlagenes Programm als weitgehend unnuetz, jedenfalls verspaetet und damit gescheitert anzusehen sei. Falls nicht schon ohnehin alles verloren sei, koennte hoechstens noch eine massive militaerische Intervention Besserung bringen.

Auf der anderen Seite entspricht es offensichtlich dem Willen der meisten Laender, welche die internationale Jugoslawienpolitik tragen, noch einmal den Verhandlungsweg zu beschreiten. Dies wird zweifelsohne auch dadurch gefoerdert, dass eine wirkliche militaerische Intervention von aussen - oder auch nur erste

Schritte dahin, welche leicht eskalieren koennen - den politischen und vor allem militaerischen Verantwortlichen weiterhin und mit guten Gruenden Alptraeume bereitet. Die von David Owen mit Ueberzeugung und Geschick in Genf offerierte Chance im Sinne eines 'give peace a (last) chance' wurde entsprechend willig ergriffen. Aus den engagierten und teilweise auch nachdenklichen Interventionen eines Dumas, Kinkel und Eagleburger - weniger aus jener von Hurd - wurde aber deutlich, dass man sich kaum Illusionen ueber den drohenden Verlust abendlaendischer und

speziell europaeischer Glaubwuerdigkeit hingibt. Bislange scheint aber nur die heute einzig globalpolitisch engagierte Macht, die USA, ernsthaft an entsprechende Konsequenzen denken zu wollen (und zu koennen). Es blieb dem ungarischen Aussenminister vorbehalten, die Ministerrunde schonungslos und in drastischen Worten vor der unmittelbaren Gefahr eines zweiten 'Muenchens' zu warnen und auf die Notwendigkeit baldiger Loesungen hinzuweisen, da quote die gegenwaertigen russischen Aeusserungen ein baldiges Veto im Sicherheitsrat erwarten lassen unquote.

Jakob Kellenberger

))))
